

## Schatten des „Condor“

Lateinamerikas Bruderschaft der Geheimdienstler



Berríos (1990)

Das mysteriöse Verschwinden eines Handlagers der chilenischen Militärdiktatur hat Spekulationen über ein Fortbestehen der berüchtigten „Operation Condor“ genährt: Unter diesem Namen arbeiteten die Geheimdienste der südamerikanischen Militärdiktaturen in den siebziger Jahren bei der Verfolgung von Regimegegnern zusammen.

Der chilenische Biochemiker Eugenio Berríos hatte im November vorigen Jahres in einem Polizeirevier nahe der uruguayischen Hauptstadt Monte-

video um Hilfe gebeten: Er sei von uruguayischen Sicherheitsbeamten entführt und an der Rückkehr nach Chile gehindert worden. Statt ihm zu helfen, lieferten die Polizisten Berríos dem uruguayischen Militärgeheimdienst aus. Seither fehlt von dem Chilenen jede Spur.

Uruguayische Kongreßabgeordnete erfuhren vor wenigen Wochen durch einen anonymen Brief von Berríos' Verschwinden. Der Vorfall löste einen Regierungsskandal aus und zwang Präsident Alberto Lacalle,

Mitte Juni einen Staatsbesuch in Großbritannien abzubrechen.

Berríos hatte dem Regime des chilenischen Diktators Augusto Pinochet bei der Entwicklung eines Nervengases geholfen, mit dem eine Stadt wie Buenos Aires angeblich „in wenigen Minuten restlos entvölkert“ werden könnte. Vor einem chilenischen Gericht sollte Berríos über seine Verwicklung in den Mord am chilenischen Exilpolitiker Orlando Letelier aussagen, der 1976 in Washington von einer Bombe zerrissen worden war. Der Wissenschaftler ist eine Schlüsselfigur in dem Prozeß gegen Pinochets ehemaligen Geheimdienstchef Manuel Contreras, der sich zur Zeit wegen des Letelier-Attentats in Santiago vor Gericht verantworten muß.

Die Ermittlungsbehörden vermuten, daß Berríos von einem internationalen Netz von Geheimdienstlern nach Uruguay geschleust wurde, wo er eine neue Identität erhalten sollte. Berríos habe jedoch befürchtet, daß seine Beschützer ihn irgendwann ermorden würden, um zu verhindern, daß er gegen chilenische Agenten aus der Ära Pinochets aussage. Die Angst habe ihn bewogen, sich in dem Dorf bei Montevideo der Polizei zu stellen.

Womöglich hat Berríos die Rolle von Uruguays Militärs falsch eingeschätzt. Obwohl das Land 1985 nach zwölfjähriger Militärherrschaft zur Demokratie zurückkehrte, wurden Menschenrechtsverletzungen nie verfolgt. Uniformierte Schergen der Geheimdienste haben dank einer Generalamnestie von der Justiz nichts zu befürchten.

## Rückkehr des Tschador

Unter dem Vorwand, „soziale Korruption“ bekämpfen zu wollen, hat die iranische Polizei die Kleidungs Vorschriften verschärft. In einer Erklärung droht das Innenministerium allen Frauen mit harten Strafen, die nicht einen knöchellangen Tschador oder zumindest einen Mantel sowie das obligatorische Kopftuch tragen. Statt wie bisher nur mündlich zurechtgewiesen zu werden, sollen westlich gekleidete Iranerinnen künftig vor Gericht. Als Strafen drohen hohe Geldbußen oder sogar Peitschenhiebe. Die Rückkehr zu den rigorosen Unterdrückungspraktiken der ersten Revolutionsjahre ist ein Zeichen für das Erstarken der alten Garde radikaler Mullahs, die den pragmatischen Staatspräsidenten Rafsandschani schwächen wollen. Mutige Angehörige der iranischen Frauenverbände wehren sich gegen die verschärfte Kleiderordnung. Sie verweigern die Mitarbeit



Verschleierte Frau im Iran

an Sozialprogrammen und boykottieren die von der Islamischen Republik herausgegebenen Frauenzeitschriften.

## Serbisches Mutterkreuz

Einen Orden namens „Majka Jugovića“ soll künftig jede serbische Mutter erhalten, die in der überwiegend von Albanern bewohnten Provinz Kosovo zumindest vier Kindern das Leben schenkt. Die serbisch-orthodoxe Kirche will damit serbische Fruchtbarkeit gegen die Gebärfreudigkeit der Kosovo-Albaner prämiieren. Sie eifert wenig rühmlichen Vorbildern nach: Die Nationalsozialisten hatten deutsche Frauen mit Mutterkreuzen in Bronze (ab vier Kindern), Silber (ab sechs) und Gold (ab acht Sprößlingen) belohnt. Bei Stalin mußte eine Sowjetmutter fünf Kinder haben, um eine Medaille zu erringen, für sieben gab es einen

Orden und ab zehn Nachkommen den Titel „Mutterheldin“. Einen makabren Beigeschmack bekommt das serbische Ehrenkreuz durch seinen Namen: Mutter Jugovića, so die Legende, hat in der Schlacht auf dem Amselfeld im Jahr 1389 neun Söhne verloren.

## Malaysia fliegt MiG-29

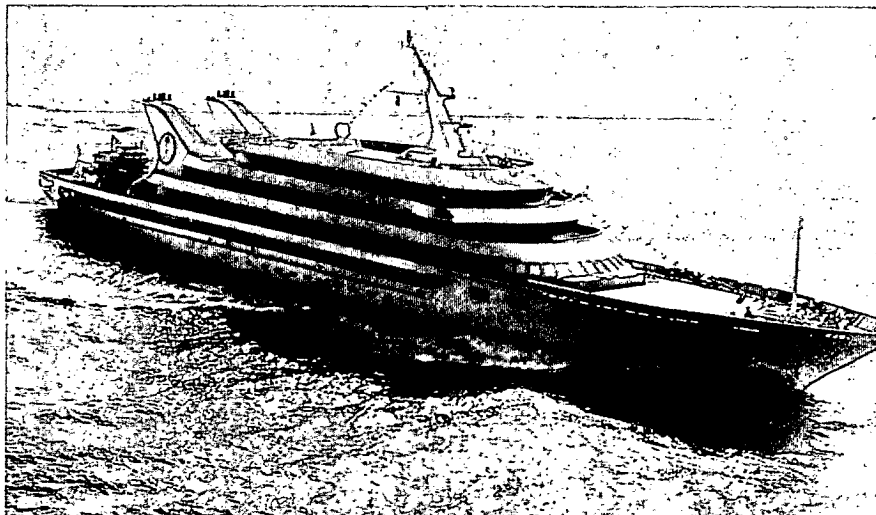
Als erstes Mitglied der südostasiatischen Staatengruppe Asean erwirbt Malaysia Kampfflugzeuge aus Rußland: 18 Jäger vom Typ MiG-29, die veraltete amerikanische F-5E-Maschinen ablösen sollen. Zugleich hat der malaysische Verteidigungsminister Najib Tun Razak in Kuala Lumpur angekündigt, auch 8 F/A-18-Kampffjets des amerikanischen Herstellers McDonnell Douglas beschaffen zu wollen – ein Großeinkauf bei den beiden Supermächten, der das wirtschaftlich erstarkte Malaysia 800 Millionen Dollar kostet. Der Zuschlag für die russischen Maschinen begründet Najib mit einer Lieferzeit von nur zwölf Monaten und einem günstigeren Bezahlungsmodus, zum Teil mit Rohstoffen wie Palmöl. Malaysia rüstet deshalb so stark auf, weil es Ansprüche auf die Spratly-Inseln angemeldet hat. Die Felseninseln im Südchinesischen Meer werden wegen eines vermuteten Ölreichtums von China und Vietnam sowie teilweise von Taiwan, Brunei und den Philippinen reklamiert.

## Nigeria ohne Chance



Babangida

Nigerias Hoffnung auf einen ständigen Sitz in einem erweiterten Uno-Sicherheitsrat hat sich offenbar zerschlagen: Angesichts des Chaos in Afrikas volkreichstem Staat (fast 90 Millionen Einwohner) unterstützen nur noch wenige Drittweltländer den Anspruch der Nige-



Luxusschiff „Abdul Aziz“

## Jachten der Diktatoren

Den Machthabern auf der Welt weht nicht nur politisch ein steiferer Wind entgegen. Sie müssen auch lernen, mit besonders stolzen Machtsymbolen – Staatsjachten – bescheidener umzugehen.

So hat das englische Marinelexikon „Jane's Fighting Ships“ herausgefunden, daß sich Iraks Diktator Saddam Hussein zwar noch auf einer 1660 Tonnen großen Motorjacht mit dem Namen „Qadissiyat Saddam“ sonnen kann – mit Luxuscabines für 56 Gäste und Fluchtmöglichkeit dank eines Helikopter-Decks. Das Schicksal von Saddams zweiter Staatsjacht „Al Qadissya“ ist dagegen seit dem Golfkrieg ungeklärt: Sie lag auf dem irakischen Binnensee Tharthar und ist nicht mehr gesichtet worden. Serbiens Präsident Slobodan Milošević, der Titos Flußjacht „Kozora“

übernahm, hat aus patriotischen Gründen auf die Benutzung des Statussymbols verzichtet: Es dient der serbischen Marine nun als Flaggschiff der Donauflotte. Auch zwei weitere Kabinenkreuzer, die Milošević in Friedenszeiten zugestanden hätten, werden von der Marine Rest-Jugoslawiens eingesetzt.

Problemlose Exkursionen scheinen den Potentaten am Persischen Golf vorbehalten. Saudi-Arabiens König Fahd besitzt das größte private Luxussschiff der Welt, den 5000-Tonner „Abdul Aziz“, ausgerüstet mit vier königlichen Suiten, Swimming-pool, Hubschrauber-Landepplatz, Autogaragen und Luftabwehrraketen. Dem Saudi-Herrscher am nächsten kommt Sultan Kabus, der Herrscher des ölfreudigen Nachbarlands Oman. Seine 3800 Tonnen große „Al Said“ („Der Glückliche“) weist 156 Mann Besatzung auf und wird von einem tankergroßen Versorger begleitet.

rianer, die zusammen mit Indien und Brasilien als Interessenvertreter des Südens in das Gremium einziehen wollten. Bislang gehören dem Sicherheitsrat als ständige Mitglieder die USA, Großbritannien, Frankreich, Rußland und China an; zusätzliche Kandidaten aus der industrialisierten Welt sind Deutschland und Japan. Die Nigerianer haben ihre Chance auf einen Platz unter den Mächtigen verloren, weil sich der Militärherrscher Ibrahim Babangida trotz ordnungsgemäßer Wahlen weigert, die Macht an ein Zivilregime zu übergeben. Babangidas „miese Kabale“, so der schwarze Literatur-Nobelpreisträger Wole Soyinka, werde Nigerias „Tod auf Raten“ einleiten. Immer häufiger kommt es zu Streiks und Demonstrationen, die sich zu blutigen Unruhen auszuweiten drohen.

## Sexuelle Übergriffe

Israelische Soldatinnen werden von ihren männlichen Kollegen – meist höherrangigen Vorgesetzten – sexuell belästigt. Offiziere werden jedoch nur selten verfolgt. Bei den mehr als 1000 gemeldeten Übergriffen gegen die jungen Frauen, die in der Regel zwei Jahre Wehrdienst leisten müssen, stellte die Militärpolizei in weniger als 10 Prozent der Fälle Nachforschungen an. Aber selbst dann, so zeigt eine Studie der Militärakademie, erwies sich die interne Gerichtsbarkeit der Streitkräfte als äußerst nachsichtig: Nur 0,5 Prozent der Untersuchungen endeten mit der Entlassung der betroffenen Männer, 40 Prozent der Verfahren schlossen mit einer schlichten Ermahnung. „Je höher der Rang“, meint Naomi Chasan, Abgeordnete des Linksbündnisses Merez, „um so geringer die Strafe.“